

**31. TAGUNG**

CG31(2016)10prov  
23. August 2016

**Gender Budgeting**

Governance-Ausschuss

Berichterstatlerin:<sup>1</sup> Cathy BENNETT, Irland (L, NR)

Entschließungsentwurf (zur Abstimmung) .....2

*Zusammenfassung*

Dieser Bericht zeigt, dass Gender Budgeting, obwohl es sein primäres Ziel ist, die Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen durch die Aufnahme des Geschlechts als Kategorie der Analyse und der Kontrolle in den Haushalt aufzunehmen, auch dazu beigetragen hat, die Gleichstellung der Geschlechter auf die Tagesordnung der Weiterentwicklung demokratischer Institutionen zu setzen, was die flächendeckende Anwendung sozialer Gerechtigkeit im Bereich der Haushaltsplanung stärkt und erweitert und durch die Förderung von Transparenz, Rechenschaftspflicht, Effizienz und Effektivität in der Verwaltung der öffentlichen Finanzen zur Verbesserung der Governance beiträgt.

Der Bericht ruft die Verbände der Gemeinden und Regionen auf, die nationalen Stellen aufzufordern sicherzustellen, dass die nationalen Gleichstellungsstrategien Mittel für die Umsetzung des Gender Budgeting auf lokaler und regionaler Ebene ausweisen. Er ruft die Gemeinden und Regionen des Weiteren auf, Gender Budgeting-Methoden in ihre jährlichen Haushalte aufzunehmen und einen Austausch von Meinungen und guter Praxis mit Städten und Regionen durchzuführen, die diesen Ansatz bereits angenommen haben. Sie sind aufgerufen, Mechanismen für die Konsultation und Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu entwerfen, um auf diese Weise deren Fachkenntnisse zu diesem Thema zu nutzen.

1 L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen  
EPP/CCE: Europäische Volkspartei im Kongress  
SOC: Sozialistische Gruppe  
ILDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe  
ECR: Europäische Konservative und Reformisten  
NR: Nicht registriert

**ENTSCHLIESSUNGSENTWURF<sup>2</sup>**

1. Der Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter, einem der wichtigsten in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Rechte, ist in allen Mitgliedstaaten des Europarats auf allen Regierungsebenen nach wie vor eine große Herausforderung. 2006 haben die Minister für die Gleichstellung von Mann und Frau der Mitgliedstaaten des Europarats erklärt, dass eines der wichtigsten Ziele einer demokratischen Gesellschaft die de facto-Gleichstellung von Mann und Frau sein müsse und es keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ohne die vollständige Partizipation von Frauen gebe.
2. In der Gleichstellungsstrategie 2014-2017 des Europarats haben sich die nationalen, und sofern anwendbar, die regionalen Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichtet, die Gleichstellung in allen Bereichen zu verfolgen, mit besonderer Berücksichtigung bestimmter Bereiche, vor allem in der kommunalen Regierung, und hat den Kongress aufgerufen, durch seine Politik und Tätigkeit zu dieser Strategie beizutragen (strategische Zielsetzung 5).
3. Das Erreichen von Fortschritten in diesem Bereich erfordert die Einführung und Anwendung von Instrumenten und Mechanismen, wie 2007 in der Empfehlung des Ministerkomitees festgestellt. Diesbezüglich hat sich das Gender Budgeting als eines der effektivsten Instrumente für die vollumfängliche Berücksichtigung der Gleichstellung erwiesen und um sicherzustellen, dass die öffentlichen Dienste einen gleichstellungsorientierten Ansatz gewährleisten.
4. Die Analyse des Gender Budgeting stützt sich auf die Verfügbarkeit verlässlicher Daten. Damit lokale und regionale Stellen dieses Instrument flächendeckend anwenden können, sind eine Zusammenstellung und Analyse zuverlässiger geschlechtsspezifischer Daten auf nationaler Ebene erforderlich. Beamte, die für das Erstellen kommunaler und regionaler Haushalte zuständig sind, benötigen darüber hinaus auch analytische Kompetenzen im Bereich Gleichstellung, damit sie diese Daten anwenden können.
5. Der Kongress, aus diesem Grund,
  - a. Unter Berücksichtigung:
    - ii. der Gleichstellungsstrategie 2014-2017 des Europarats;
    - ii. der Empfehlung CM/Rec(2007)17 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Gleichstellungsstandards und -mechanismen;
  - b. empfiehlt den Verbänden der Gemeinden und Regionen:
    - i. die Finanzminister und anderen Führungspersonen, die sich mit der Haushaltspolitik und deren Umsetzung befassen, sicherzustellen zu lassen, dass nationale oder, wie

---

2 Vorläufiger Entschließungsentwurf, am 7. Juni 2016 vom Governance-Ausschuss angenommen.

Mitglieder des Ausschusses:

*M.M. Mialot-Muller* (Vorsitz), *G. Bardeli*, *T. Marin Gonzalez\**, *V. Hovhannisyanyan\**, *C. Kiefer*, *H. van Staa*, *H. Huseynov*, *R. Aliyev*, *J.L. Crucke*, *K.H. Lambert* (alternate *L. Martens*), *M. Mahmutbegovic*, *S. Stoycheva*, *I. Totev\**, *E. Orphanidou*, (Stellv.: *M. Zachariades\**), *R. Nwelati*, *A. Udzenija*, *B. Kornbek* (Stellv.: *F. Blak*), *S. Tobreluts*, (Stellv.: *L. Aadel*), *J. Eerola*, *F. Maitia*, *M. Neugnot*, *S. Ugrehelidze*, *P. Kurtz*, *A. Galster*, *W. Taubeneder*, *S. Schumacher*, *D. Muller*, *R. Thurner*, *I. Karagiannis* (Stellv.: *A. Gkoutaras*), *K. Bakogiannis*, *M. Horvath*, *T. Aldoza*, *E.R. Lindal*, *C. Bennett*, *R. De Santis*, *B. Marziano* (Stellv.: *A. Eroi*), *C. Riva Vercellotti*, *F. Pigliaru*, *I. Cavo*, *P.L. Mottinelli*, *M. Juzupa*, *G. Geguzinskas*, *P. Wies*, *M. Sant*, *M. Crovetto-Haroch\**, *A. Zurich*, *H. Bergmann*, *J. Meijers*, *O.Olavsen*, *W. Czarniecki*, *M. Mazur*, *A. I. Vestea*, *A. Klarik*, *V. Rogov*, *N. Komarova*, *A. Chernetskiy*, *S. Lisovsky*, *I. Grachev*, *L. Belysheva*, *D. Giannoni\**, *Z. Jelicic*, *M. Mahmutovic*, *A. Aftanasova*, *S. Hornik*, *B Pecan*, *P. Puy Fraga*, *I. de la Serna Hernai*, *P. Vargas Maestre*, *F. Johansson Metso*, *A. Hulthen*, *L. Hunziker*, *P. Leuba*, *T. Arifi*, *Y.A. Demirci* (Stellv.: *O. Sanli*), *R. Kasap*, *L. Erturk*, *N Dogan*, *H.B. Yuceer*, *A. S. Bucak*, *O. Luk'ianchenko*, *V. Prokopiv*, *V. Golenko*, *I.Dzhemanova*, *C. McKelvie*, *S. Reid*, *H.D. McGuigan*, *A. Leadbetter*, *D. Wilcox*, *J. Lewis* (Stellv.: *H. Carr*).

N.B.: Die Namen der Mitglieder, die an der Abstimmung teilnahmen, sind kursiv gedruckt.

Sekretariat des Ausschusses: *T. Lisney*, Sekretär des Ausschusses, und *M. Benderra*, Ko-Sekretärin des Ausschusses

- anwendbar, regionale Gleichstellungsstrategien Mittel für die Umsetzung des Gender Budgeting auf kommunaler und regionaler Ebene ausweisen;
- ii. die nationalen Regierungen aufzurufen, eine Erfassung geschlechtsspezifischer Daten für alle Politikbereiche durch ihre Statistikämter sicherzustellen;
  - iii. die Nutzung und Verbreitung von Analyseinstrumenten, Instrumenten für eine gleichstellungsorientierte Organisation des Haushalts und Instrumente für die Rechenschaftspflicht für den Haushalt zu fordern;
  - iv. die Gemeinden und Regionen aufzufordern, Pilotprojekte für die Einführung des Gender Budgeting aufzurufen und diese zu unterstützen;
  - v. ein Training über gleichstellungsorientierte Analysekompetenzen für Beamte bereitzustellen, die für das Erstellen kommunaler und regionaler Haushaltspläne zuständig sind;
- c. empfiehlt den Gemeinden und Regionen:
- i. Methoden des Gender Budgeting in ihre jährlichen Haushalte einzuführen, unter Nutzung geeigneter Instrumente, u.a. gleichstellungsorientierte Überprüfung der Politik; geschlechtsspezifische Analyse öffentlicher Ausgaben und Steuerinzidenz, geschlechtsspezifische Leistungsbeurteilungen und gleichstellungsorientierte Haushaltserklärungen;
  - ii. sicherzustellen, dass sie Mechanismen einführen, um dies zu überwachen;
  - iii. Erfahrungen und gute Praxisbeispiele mit jenen Städten und Regionen auszutauschen, die diesen Ansatz bereits anwenden;
  - iv. Mechanismen für die Konsultation der Zivilgesellschaft zu entwerfen, die die Triebfeder vieler Gender Budgeting-Initiativen in ganz Europa sind, um auf diesem Wege deren Fachwissen in diesem Bereich zu nutzen.